

1997

Ausgegeben zu Bonn am 15. August 1997

Nr. 35

Tag	Inhalt	Seite
13. 8. 97	Verordnung über die deutsch-polnische Vereinbarung zur Regelung des Aufenthalts von Mitgliedern der polnischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland für die Übung „Lausitzer Brücke“	1534
21. 7. 97	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe	1540
21. 7. 97	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie des Fakultativprotokolls hierzu	1541
22. 7. 97	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen	1542
22. 7. 97	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-tschechischen Vertrags über die gemeinsame Staatsgrenze	1542
25. 7. 97	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Sklaverei und des Änderungsprotokolls hierzu sowie des Zusatzübereinkommens über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken	1543
25. 7. 97	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Internationale Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT)	1544
28. 7. 97	Bekanntmachung des deutsch-simbabwischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	1544
29. 7. 97	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden	1546
29. 7. 97	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden	1547
29. 7. 97	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls von 1992 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden	1547
30. 7. 97	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs (AGR)	1548

**Verordnung
über die deutsch-polnische Vereinbarung zur Regelung
des Aufenthalts von Mitgliedern der polnischen Streitkräfte in
der Bundesrepublik Deutschland für die Übung „Lausitzer Brücke“**

Vom 13. August 1997

Auf Grund des Artikels 1 des Streitkräfteaufenthaltsgesetzes vom 20. Juli 1995 (BGBl. II S. 554) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Die am 30. Juli 1997 in Bonn paraphierte deutsch-polnische Vereinbarung durch Notenwechsel zur Regelung des Aufenthalts von Mitgliedern der polnischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland für die Übung „Lausitzer Brücke“ wird hiermit in Kraft gesetzt. Der Text des Notenwechsels wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die in Artikel 1 genannte Vereinbarung durch Vollendung des Austauschs der Noten in Kraft tritt. Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 13. August 1997

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Kinkel

Der Bundesminister der Verteidigung
Rühe

Der Bundesminister des Auswärtigen
Kinkel

Auswärtiges Amt

Bonn, den 7. August 1997

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Republik Polen im Hinblick darauf, daß das Abkommen vom 19. Juni 1995 zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikvertrags und den anderen an der Partnerschaft für den Frieden teilnehmenden Staaten über die Rechtsstellung ihrer Truppen von der Bundesrepublik Deutschland am 20. Juli 1995 und von der Republik Polen am 3. November 1995 unterzeichnet worden ist, zur Teilnahme einer polnischen Panzerkompanie an der Volltruppenübung „Lausitzer Brücke“ auf dem Truppenübungsplatz Nochten/Sachsen vom 16. August bis 29. August 1997 folgendes vorzuschlagen:

Für die Einreise von bis zu 100 Mitgliedern der polnischen Streitkräfte in die Bundesrepublik Deutschland und ihren vorübergehenden Aufenthalt zur Teilnahme an der Volltruppenübung „Lausitzer Brücke“ auf dem Truppenübungsplatz Nochten/Sachsen vom 16. August bis 29. August 1997 gelten die in der Anlage dieser Note enthaltenen Bestimmungen.

Falls sich die Regierung der Republik Polen mit dem Inhalt dieser Note und der Anlage einverstanden erklärt, werden diese Note einschließlich der Anlage und die ihr Einverständnis zum Ausdruck bringende Antwortnote eine Vereinbarung bilden, die mit Vollendung des Austausches der Noten in Kraft tritt.

Der deutsche, polnische und englische Wortlaut der Anlage sind beigelegt, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des polnischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlaß, die Botschaft der Republik Polen erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft
der Republik Polen
Köln

Botschaft der
Republik Polen

Köln, den 7. August 1997

Verbalnote

Die Botschaft der Republik Polen beehrt sich, den Eingang der Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 7. August 1997 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

(Es folgt der Text der einleitenden Note.)

Die Botschaft beehrt sich, dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, daß sich die Regierung der Republik Polen mit dem Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote des Auswärtigen Amtes vom 7. August 1997 einschließlich der Anlage und diese Antwortnote eine Vereinbarung, die mit Vollendung des Austausches der Noten in Kraft tritt.

Die Botschaft der Republik Polen benutzt diesen Anlaß, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.

An das
Auswärtige Amt
Bonn

Anlage

Annex

Załącznik

- | | | |
|--|---|--|
| <p>1. Mitglieder der polnischen Streitkräfte sind befugt, in die Bundesrepublik Deutschland einzureisen und sich darin zur Teilnahme an der Volltruppenübung „Lausitzer Brücke“ auf dem Truppenübungsplatz Nochten/Sachsen vom 16. August bis 29. August 1997 aufzuhalten. Der Begriff „Mitglieder der Streitkräfte“ bezeichnet das militärische Personal und die von den Streitkräften beschäftigten Zivilpersonen sowie an der Übung teilnehmende Militärbeobachter.</p> <p>2. Für Einreise, Aufenthalt und Ausreise bestimmen sich die Rechte und Pflichten der polnischen Streitkräfte und ihrer Mitglieder nach der deutschen Rechtsordnung und den folgenden Bestimmungen.</p> <p>3.1 Mitglieder der polnischen Streitkräfte führen beim Grenzübertritt und während ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland entweder einen gültigen Reisepaß oder, sofern sie in eine Sammeliste eingetragen sind und sich der Einheitsführer durch einen gültigen Reisepaß ausweisen kann, einen amtlichen Ausweis mit sich.</p> <p>3.2 Die internationalen Gesundheitsvorschriften und die Gesundheitsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland werden beachtet.</p> <p>3.3 Wird die öffentliche Sicherheit oder Ordnung der Bundesrepublik Deutschland durch ein Mitglied der polnischen Streitkräfte gefährdet, so kann der Bundesminister der Verteidigung die unverzügliche Entfernung dieses Mitglieds vom deutschen Hoheitsgebiet verlangen. Die polnische Seite kommt solchen Ersuchen um Entfernung nach.</p> <p>4.1 Die polnischen Streitkräfte sind befugt, Waffen ein- und auszuführen und im deutschen Hoheitsgebiet zu befördern, soweit dies für den Zweck der Übung unabdingbar ist. Die polnische Seite wird die Typen und Mengen dieser Waffen spätestens 14 Tage vor dem vorgesehenen Grenzübertritt näher bestimmen.</p> <p>4.2 Mitglieder der polnischen Streitkräfte sind zum Waffengebrauch im Rahmen des deutschen Notwehrrechts befugt.</p> <p>5. Mitglieder der polnischen Streitkräfte sind berechtigt, während ihres vorübergehenden Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland Uniform zu tragen.</p> | <p>1. Members of the Polish armed forces are authorized to enter into and to be present in the Federal Republic of Germany to participate in the field exercise "Lausitzer Brücke" on the training area Nochten/Saxony from 16 August - 29 August 1997. The expression "members of the armed forces" means the military personnel and the civilians who are in the employ of the armed forces as well as military observers taking part in the exercise.</p> <p>2. For the entry into, presence in and exit from the Federal Republic of Germany, the rights and obligations of the Polish armed forces and their members will be governed by the German legal order and the following provisions.</p> <p>3.1 When crossing the frontier and during their presence in the Federal Republic of Germany, members of the Polish armed forces will carry either a valid passport or an official identification card, provided they are entered on a collective list and the commander of their unit can prove his identity by way of a valid passport.</p> <p>3.2 The international health regulations and the health regulations of the Federal Republic of Germany will be observed.</p> <p>3.3 If the public safety or order of the Federal Republic of Germany is endangered by a member of the Polish armed forces, the German Federal Minister of Defence may request the immediate removal of that member from German territory. The Polish Side will comply with such removal requests.</p> <p>4.1 The Polish armed forces are authorized to import, export and move in German territory arms in so far as this is indispensable for the purpose of the exercise. The Polish Side will, not later than fourteen days prior to the planned date of the crossing of the frontier, specify types and quantities of these arms.</p> <p>4.2 Members of the Polish armed forces are authorized to use their weapons within the limits of the German law relating to the right of self-defence.</p> <p>5. Members of the Polish armed forces will have the right to wear uniform during their temporary presence in the Federal Republic of Germany.</p> | <p>1. Członkowie Sił Zbrojnych RP mają prawo wjazdu i pobytu w Republice Federalnej Niemiec w celu uczestniczenia w ćwiczeniach polowych „Most Łużycki” odbywających się w dniach 16 sierpnia – 29 sierpnia 1997 r. na poligonie w Nochten/Saksonia. Pod pojęciem „członkowie sił zbrojnych” rozumie się personel wojskowy i zatrudnianych przez siły zbrojne pracowników oraz obserwatorów wojskowych uczestniczących w ćwiczeniach.</p> <p>2. Prawa i obowiązki Sił Zbrojnych RP i ich członków dotyczące wjazdu, pobytu i wyjazdu z Republiki Federalnej Niemiec określa niemiecki porządek prawny i poniższe postanowienia.</p> <p>3.1. Przy przekraczaniu granicy i podczas pobytu w Republice Federalnej Niemiec członkowie Sił Zbrojnych RP posiadają ważne paszporty albo oficjalne dowody tożsamości, pod warunkiem że są wpisani na zbiorczą listę i dowódca jednostki może wylegitymować się ważnym paszportem.</p> <p>3.2. Przestrzegane będą międzynarodowe regulacje i przepisy Republiki Federalnej Niemiec dotyczące ochrony zdrowia.</p> <p>3.3. W przypadku zagrożenia bezpieczeństwa lub porządku publicznego Republiki Federalnej Niemiec ze strony członka Sił Zbrojnych RP Federalny Minister Obrony RFN może zażądać niezwłocznego wydalenia tego członka z terytorium Niemiec. Strona Polska zastosuje się do takiego wniosku o wydalenie.</p> <p>4.1. Siły Zbrojne RP mają prawo przywozu, wywozu i przewozu na terytorium Niemiec broni w zakresie niezbędnym dla celu ćwiczenia. Strona Polska nie później niż na 14 dni przed planowaną datą przekroczenia granicy określi rodzaj i ilość tej broni.</p> <p>4.2. Członkowie Sił Zbrojnych RP mają prawo użycia broni zgodnie z niemieckimi przepisami o obronie koniecznej.</p> <p>5. Członkowie Sił Zbrojnych RP są uprawnieni podczas tymczasowego pobytu w Republice Federalnej Niemiec do noszenia swoich mundurów wojskowych.</p> |
|--|---|--|

- | | | |
|---|--|---|
| <p>6.1 Mitglieder der polnischen Streitkräfte unterliegen, insbesondere hinsichtlich der Strafgerichtsbarkeit, dem deutschen Recht.</p> <p>6.2 Von der Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit soll abgesehen werden, es sei denn, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung erfordern. Wird von der Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit über ein Mitglied der polnischen Streitkräfte abgesehen, so entfernt die polnische Seite den Beschuldigten unverzüglich aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.</p> <p>6.3 Die zuständigen Behörden und Gerichte beider Seiten leisten einander im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts Rechtshilfe zur Unterstützung von Strafverfahren. Ist ein Mitglied der polnischen Streitkräfte, das einer Straftat verdächtigt wird, in die Republik Polen zurückgekehrt, so wird diese auf Ersuchen der deutschen Behörden den Fall ihren zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung unterbreiten.</p> <p>7. Die zuständigen polnischen Behörden haben das Recht, die zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin notwendigen Disziplinarmaßnahmen, die ihnen nach polnischem Recht zustehen, gegen Mitglieder ihrer Streitkräfte auch in der Bundesrepublik Deutschland zu verhängen und zu vollstrecken.</p> <p>8. Die deutschen Behörden und Gerichte sind im Rahmen ihrer Befugnisse berechtigt, Zwangsmaßnahmen gegen Mitglieder der polnischen Streitkräfte während ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland anzuordnen und durchzuführen. Nach der vorläufigen Festnahme eines Mitglieds der polnischen Streitkräfte durch eine deutsche Behörde wird die polnische Seite hierüber unverzüglich unterrichtet.</p> <p>9. Die polnischen Streitkräfte dürfen die ihnen zugewiesenen Fernmeldeanlagen und Frequenzen der Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland (Bundeswehr) zum Zweck der Übung unentgeltlich benutzen.</p> <p>10.1 Beide Seiten anerkennen die Bedeutung des Umweltschutzes bei Tätigkeiten ihrer an der Übung teilnehmenden Streitkräfte. Die deutschen Rechtsvorschriften zum Schutz der Umwelt werden angewandt. Auch über die Anwendung der deutschen Rechtsvorschriften hinaus sind Umweltbelastungen zu vermeiden und unvermeidbare Umweltbeeinträchtigungen durch angemessene Maßnahmen auszugleichen.</p> | <p>6.1 Members of the Polish armed forces will be subject to German law, especially in respect of criminal jurisdiction.</p> <p>6.2 The exercise of German criminal jurisdiction will be waived unless essential interests of German administration of justice make imperative such exercise of jurisdiction. If the exercise of German jurisdiction over a member of the Polish armed forces is waived, the Polish Side will immediately remove the person charged with an offence from the territory of the Federal Republic of Germany.</p> <p>6.3 The competent authorities and courts of the two Sides will render each other legal assistance within the limits of their internal law, in order to support criminal proceedings. If a member of the Polish armed forces who is suspected of a criminal offence has returned to the Republic of Poland, then the latter will submit this case, at the request of the German authorities, to its competent authorities for the purpose of criminal prosecution.</p> <p>7. The competent Polish authorities will have the right, within the authority conferred upon them under Polish law, to impose and execute, also in the Federal Republic of Germany, the necessary disciplinary measures against members of their armed forces to maintain order and discipline.</p> <p>8. German authorities and courts will have the right to order and carry out, to the extent that their powers allow, coercive measures against members of the Polish armed forces during their presence in the Federal Republic of Germany. Following the temporary detention of a member of the Polish armed forces by a German authority, the Polish Side will be accordingly notified without delay.</p> <p>9. The Polish armed forces may use telecommunications facilities and frequencies of the armed forces of the Federal Republic of Germany assigned to them without any charges, provided that such communication is for the purpose of the exercise.</p> <p>10.1 Both Sides acknowledge the importance of environmental protection in the context of activities of their armed forces participating in the exercise. The German legal provisions for the protection of the environment will be applied. In addition to the application of German law, environmental pollution shall be avoided and, where detrimental effects are unavoidable, appropriate restorative or balancing measures taken to offset such effects.</p> | <p>6.1. Członkowie Sił Zbrojnych RP podlegać będą prawu niemieckiemu, w szczególności jurysdykcji karnej.</p> <p>6.2. Odstępuje się od wykonywania niemieckiej jurysdykcji karnej, chyba że jej wykonywanie będzie niezbędne ze względu na istotne interesy niemieckiego wymiaru sprawiedliwości. W przypadku odstąpienia od wykonywania niemieckiej jurysdykcji w stosunku do członka Sił Zbrojnych RP Strona Polska natychmiast wycofa obwinionego z terytorium Republiki Federalnej Niemiec.</p> <p>6.3. Właściwe władze i sądy obu Stron udzielą sobie wzajemnie pomocy prawnej w granicach ich prawa wewnętrznego w celu wspierania postępowania karnego. W przypadku, gdy członek Sił Zbrojnych RP podejrzany o przestępstwo wróci do Rzeczypospolitej Polskiej, Strona Polska na prośbę władz niemieckich przekaże sprawę swoim właściwym władzom w celu wszczęcia postępowania karnego.</p> <p>7. Właściwe władze polskie będą miały prawo, w ramach kompetencji nadanych im prawem polskim, do nakładania i wykonywania również w Republice Federalnej Niemiec niezbędnych środków dyscyplinarnych w stosunku do członków swoich sił zbrojnych dla utrzymania porządku i dyscypliny.</p> <p>8. Niemieckie władze i sądy będą uprawnione do orzekania i stosowania, w zakresie swoich uprawnień, środków przymusu w stosunku do członków Sił Zbrojnych RP przez władze niemieckie Strona Polska będzie niezwłocznie powiadamiana.</p> <p>9. Siły Zbrojne RP mogą bezpłatnie używać przydzielonych im urządzeń telekomunikacyjnych i częstotliwości Sił Zbrojnych Republiki Federalnej Niemiec, pod warunkiem, że będą one wykorzystywane dla celu ćwiczeń.</p> <p>10.1. Obie Strony uznają wagę ochrony środowiska w kontekście działalności ich sił zbrojnych uczestniczących w ćwiczeniach. Stosowane będą niemieckie przepisy prawne dotyczące ochrony środowiska. Obok przestrzegania niemieckich przepisów prawnych dotyczących ochrony środowiska należy poza tym unikać jego obciążania oraz przez odpowiednie posunięcia rekompensować nieuniknione szkodliwe wpływy na środowisko.</p> |
|---|--|---|

- | | | |
|--|---|--|
| <p>10.2 Für den Transport von Waffen und schwerem Gerät werden Festlegungen zu den Transportwegen und -mitteln getroffen. Dem Schienenweg ist dabei Vorrang einzuräumen.</p> | <p>10.2 For the transport of weapons and heavy equipment stipulations concerning the transport routes and the means of transport shall be agreed. Precedence is to be given to rail.</p> | <p>10.2. W odniesieniu do transportu broni i ciężkiego sprzętu zawiera się ustalenia dotyczące dróg i środków transportu. Priorytetowo uwzględniać należy przy tym transport kolejowy.</p> |
| <p>10.3 Soweit dies mit den technischen Erfordernissen der Fahrzeuge vereinbar ist, werden für ihren Betrieb nur Treibstoffe, Schmierstoffe und Zusatzstoffe verwendet, die schadstoffarm gemäß den deutschen Umweltvorschriften sind.</p> | <p>10.3 In the operation of crafts only fuels, lubricants and additives that are low-pollutant in accordance with German environmental regulations shall be used to the extent that their use is compatible with the technical requirements of such crafts.</p> | <p>10.3. Do eksploatacji pojazdów używać się będzie – o ile da się to pogodzić z wymogami technicznymi tych pojazdów – tylko takich paliw, smarów i domieszek, które zawierają zredukowaną ilość czynników zanieczyszczających w myśl przepisów niemieckich.</p> |
| <p>10.4 Die anwendbaren Vorschriften für die Benutzung von Ausbildungseinrichtungen, insbesondere die Sicherheitsbestimmungen und die Bestimmungen zum Schutz der Umwelt, werden beachtet. Die Dienstvorschriften der Bundeswehr für Manöver und Übungen finden Anwendung. Nachtschießen und Schießen an Sonn- und Feiertagen werden gesondert geregelt. Restbestände an Kampfmitteln dürfen nicht durch Sprengung oder Verbrennung in hierfür nicht genehmigten Anlagen beseitigt werden.</p> | <p>10.4 The applicable rules for the use of training installations, especially the safety provisions and the provisions for the protection of the environment, will be observed. The German Federal Armed Forces service regulations governing manoeuvres and exercises will apply. Night firing and firing sessions on Sundays and public holidays require special arrangements. Non-expended munitions shall not be disposed of by detonation or incineration at installations not approved for this purpose.</p> | <p>10.4. Przestrzegane będą odpowiednie przepisy dotyczące korzystania z urządzeń szkoleniowych, w szczególności odnośnie bezpieczeństwa i ochrony środowiska. Stosowane będą regulaminy Bundeswehry odnoszące się do manewrów i ćwiczeń. Strzelanie w nocy oraz w niedziele i święta podlega szczególnym uregulowaniom. Niewykorzystana amunicja nie będzie niszczona poprzez detonacje lub spalanie w urządzeniach nie służących do tego celu.</p> |
| <p>10.5 Die zuständigen Behörden und die Streitkräfte beider Seiten arbeiten bei der Vorbereitung und Durchführung der Übung in allen Belangen des Umweltschutzes eng zusammen.</p> | <p>10.5 The competent authorities and the armed forces of both Sides will closely cooperate on all matters of environmental protection, in the preparation and the implementation of the exercise.</p> | <p>10.5. Właściwe organy i siły zbrojne obu Stron będą ściśle współpracować we wszystkich sprawach dotyczących ochrony środowiska podczas przygotowywania i przeprowadzania ćwiczeń.</p> |
| <p>11.1 Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger der polnischen Streitkräfte werden von der zuständigen polnischen Behörde registriert und zugelassen. Sie führen eine Kennnummer und ein deutliches Nationalitätskennzeichen.</p> | <p>11.1 Motor vehicles and trailers of the Polish armed forces will be registered and licensed by the competent Polish authority. They will carry a registration number and a clearly visible nationality plate.</p> | <p>11.1. Pojazdy samochodowe i przyczepy Sił Zbrojnych RP będą zarejestrowane i dopuszczone do ruchu przez właściwe władze polskie. Będą one oznakowane numerami rejestracyjnymi i wyraźnie widocznym znakiem przynależności państwowej.</p> |
| <p>11.2 Für die Mitglieder der polnischen Streitkräfte gelten die deutschen Verkehrsvorschriften einschließlich der Vorschriften über das Verhalten am Unfallort und der Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter. Die zuständigen deutschen Behörden überwachen die Einhaltung dieser Vorschriften. Diese Überwachung kann gemeinsam mit der polnischen Seite durchgeführt werden.</p> | <p>11.2 Members of the Polish armed forces will be subject to the German traffic regulations, including the regulations concerning behaviour at the scene of an accident and the regulations on the transport of hazardous material. Compliance with these regulations will be monitored by the competent German authorities. This monitoring may be conducted jointly with the Polish Side.</p> | <p>11.2. Członkowie Sił Zbrojnych RP będą przestrzegać niemieckich przepisów ruchu drogowego, włącznie z przepisami dotyczącymi zachowania się na miejscu wypadku, a także przepisów dotyczących przewozu materiałów niebezpiecznych. Przestrzeganie tych przepisów będzie podlegać kontroli właściwych władz niemieckich. Kontrola taka może być przeprowadzana wspólnie ze Stroną Polską.</p> |
| <p>12. Beide Seiten übernehmen unmittelbar die rechtlichen Verpflichtungen, die sich aus dem Betrieb ihrer Dienstkraftfahrzeuge sowie aus dem Führen von Waffen im Zusammenhang mit der Übung ergeben.</p> | <p>12. Both Sides will directly assume the legal obligations resulting from the operation of their service vehicles or from the carrying of weapons in connection with the exercise.</p> | <p>12. Obie Strony przyjmują bezpośrednio na siebie zobowiązania prawne wynikające z używania pojazdów służbowych oraz z posiadania przy sobie broni w związku z ćwiczeniami.</p> |
| <p>13.1 Jede Seite haftet für alle der anderen Seite oder Dritten entstandenen Schäden, die durch Handlungen oder Unterlassungen der Mitglieder ihrer Streitkräfte, für die ihre Streitkräfte rechtlich verantwortlich sind, im Zusammenhang mit der Übung verursacht worden sind. Dritte sind auch Länder, Landkreise, Gemeinden und andere kommunale Körperschaften des öffentlichen Rechts.</p> | <p>13.1 Each Side will be liable for all damage caused to the other Side or third parties in connection with the exercise by acts or omissions of members of their armed forces for which their armed forces are legally responsible. Third parties will include Länder, rural districts, local authorities and other local corporations under public law.</p> | <p>13.1. Każda ze Stron będzie odpowiedzialna za wszelkie szkody wyrządzone drugiej Stronie lub osobom trzecim w związku z ćwiczeniami poprzez działanie lub zaniechanie członków ich sił zbrojnych, za które ich siły zbrojne są prawnie odpowiedzialne. Osobami trzecimi są także kraje związkowe, powiaty, gminy i inne komunalne jednostki prawa publicznego.</p> |

Für die Haftung beider Seiten sind die Bestimmungen des deutschen Rechts maßgebend, nach denen sich unter sonst gleichen Umständen die Haftung der Bundesrepublik Deutschland bestimmen würde. Schadensersatzansprüche Dritter werden von den deutschen Behörden durch Zahlung einer Geldentschädigung abgegolten. Die Republik Polen erstattet der Bundesrepublik Deutschland diese für die polnische Seite zur Regelung des Anspruchs erbrachten Zahlungen und Auslagen. Diese Bestimmungen sind nicht auf Ansprüche aus Verträgen oder vertragsähnlichen Rechtsverhältnissen anzuwenden.

The liability of both Sides will be governed by those provisions of German law which would apply, under otherwise similar circumstances, to liability of the Federal Republic of Germany. Third party claims for damages will be settled by the German authorities by payment of pecuniary compensation. The Republic of Poland will reimburse the Federal Republic of Germany for those payments made on behalf of the Polish Side and for expenses incurred in settling such claims. These provisions will not be applied to claims based on contracts or quasi-contractual relationships.

Odpowiedzialność obu Stron będą regulować te przepisy prawa niemieckiego, które stosowanyby się w podobnych okolicznościach do odpowiedzialności Republiki Federalnej Niemiec. Roszczenia odszkodowawcze osób trzecich będą zaspokajane przez władze niemieckie poprzez wypłatę odszkodowania pieniężnego. Rzeczpospolita Polska zwróci Republice Federalnej Niemiec sumy wypłacone w imieniu Strony Polskiej i wydatki poniesione w związku z zaspokojeniem roszczeń. Powyższe postanowienia nie będą miały zastosowania do roszczeń wynikających ze stosunków umownych lub quasi-umownych.

13.2 Schadensersatzansprüche gegen Mitglieder der polnischen Streitkräfte aus Handlungen oder Unterlassungen, die nicht in Ausübung des Dienstes begangen worden sind, werden wie folgt behandelt:

a) Die zuständigen deutschen Behörden prüfen den Anspruch, ermitteln in billiger und gerechter Weise unter Berücksichtigung aller Umstände des Falles einschließlich des Verhaltens der verletzten Person den dem Antragsteller zukommenden Betrag und fertigen einen Bericht über die Angelegenheit an.

b) Wird eine Abfindung ohne Anerkennung einer Rechtspflicht von der polnischen Seite angeboten und wird dieses Angebot von dem Antragsteller als volle Befriedigung seines Anspruchs angenommen, so nehmen die deutschen Behörden die Zahlung vor. Die Republik Polen erstattet der Bundesrepublik Deutschland die erbrachten Zahlungen.

c) Die Bestimmungen dieses Absatzes lassen die Zuständigkeit der deutschen Gerichte für die Durchführung eines Verfahrens gegen ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges unberührt, sofern und solange nicht eine Zahlung als volle Befriedigung des Anspruchs geleistet worden ist.

13.2 Claims arising against members of the Polish armed forces from acts or omissions not occurring in the performance of official duty will be dealt with as follows:

a. The competent German authorities will examine the claim, ascertain in an equitable and just manner the amount due to the claimant, taking into account all circumstances of the case, including the conduct of the injured person, and prepare a report on the matter.

b. If a lump-sum settlement is offered by the Polish Side without recognition of a legal obligation and this offer is accepted by the claimant as paid in full satisfaction of his or her claim, the German authorities will make the appropriate payment. The Republic of Poland will reimburse the Federal Republic of Germany for the payments made.

c. The provisions of this subsection shall not affect the jurisdiction of German courts for the conduct of proceedings against a member of a force, unless and until a payment is made in full satisfaction of the claim.

13.2. Roszczenia przeciwko członkom Sił Zbrojnych RP wynikające z działań lub zaniechań nie związanych z wykonywaniem obowiązków służbowych będą regulowane w następujący sposób:

a. Właściwe władze niemieckie zbadają roszczenie, określą w słuszny i sprawiedliwy sposób sumę należną zgłaszającemu roszczenie, z uwzględnieniem wszystkich okoliczności sprawy, w tym zachowania się poszkodowanego, i sporządzą raport.

b. Jeżeli Strona Polska zaoferuje zryczałtowaną kwotę odszkodowania bez uznania obowiązku prawnego i ta oferta zostanie przyjęta przez poszkodowanego jako zaspokajająca wszelkie jego roszczenia, władze niemieckie dokonają stosownej wypłaty. Rzeczpospolita Polska zwróci Republice Federalnej Niemiec wypłaconą kwotę.

c. Postanowienia tego ustępu nie mają wpływu na jurysdykcję sądów niemieckich w zakresie wszczęcia postępowania przeciw członkowi sił zbrojnych, o ile i dopóki nie nastąpi wypłata w pełni zaspokajająca roszczenie.

14. Für die polnischen Übungsteilnehmer werden während der Übung „Lausitzer Brücke“ folgende Sachleistungen unter Berücksichtigung der bestehenden Gegenseitigkeit unentgeltlich bereitgestellt:

- Truppenverpflegung
- Unterkunft in militärischen Liegeschäften
- Nutzung der Übungsanlagen
- Transport im Übungsraum

14. During the exercise "Lausitzer Brücke" the following support will be provided free of charge for the Polish participants in the exercise considering existing reciprocity:

- Field messing
- Accommodation in military facilities
- Use of exercise facilities
- Transport in the exercise area

14. Polscy uczestnicy ćwiczeń „Most Łużycki” otrzymają bezpłatnie – biorąc pod uwagę istniejącą wzajemność – następujące świadczenia:

- wyżywienie wojskowe
- zakwaterowanie w obiektach wojskowych
- korzystanie z urządzeń ćwiczebnych
- transport w obszarze ćwiczenia

- | | | |
|---|--|---|
| <p>– Medizinische Notfallversorgung in militärischen Einrichtungen</p> <p>15. Nach Maßgabe des in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechts einschließlich der anwendbaren EG-Vorschriften sind die polnischen Streitkräfte von Einfuhrabgaben und von der Einfuhrumsatzsteuer befreit.</p> <p>16. Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Seiten über die Anwendung oder Auslegung dieser Bestimmungen werden auf dem Verhandlungsweg beigelegt.</p> <p>17. Diese Bestimmungen gelten ausschließlich für die Übung „Lausitzer Brücke“.</p> | <p>– Medical emergency care in military facilities.</p> <p>15. According to the law in force in the Federal Republic of Germany, including the applicable EC regulations, the Polish armed forces are exempted from import duties and from turnover tax on imports.</p> <p>16. Differences of opinion between both Sides about the application or interpretation of these provisions will be settled by negotiation.</p> <p>17. These provisions shall apply exclusively to the “Lausitzer Brücke” exercise.</p> | <p>– doraźną pomoc medyczną w nagłych przypadkach w obiektach wojskowych.</p> <p>15. Zgodnie z prawem obowiązującym w Republice Federalnej Niemiec, włączając odpowiednie przepisy prawa Wspólnoty Europejskiej, Siły Zbrojne RP zwolnione są z opłat celnych i podatku obrotowego od importu.</p> <p>16. Różnice zdań między Stronami dotyczące stosowania lub interpretacji niniejszych postanowień rozstrzygane będą drogą negocjacji.</p> <p>17. Niniejsze postanowienia odnoszą się wyłącznie do ćwiczeń „Most Łużycki”.</p> |
|---|--|---|

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens von 1971 über psychotrope Stoffe**

Vom 21. Juli 1997

Das Übereinkommen vom 21. Februar 1971 über psychotrope Stoffe (BGBl. 1976 II S. 1477; 1978 II S. 1239; 1980 II S. 1406; 1981 II S. 379; 1985 II S. 1104) wird nach seinem Artikel 26 Abs. 2 für

Kasachstan
in Kraft treten.

am 28. Juli 1997

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 9. Juni 1997 (BGBl. II S. 1362).

Bonn, den 21. Juli 1997

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Paktes
über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
und des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte
sowie des Fakultativprotokolls hierzu**

Vom 21. Juli 1997

I.

Der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (BGBl. 1973 II S. 1569) wird nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für

Turkmenistan	am 1. August 1997
in Kraft treten.	

II.

Der Internationale Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) wird nach seinem Artikel 49 Abs. 2 für

Griechenland	am 5. August 1997
Turkmenistan	am 1. August 1997
in Kraft treten.	

III.

Das Fakultativprotokoll vom 19. Dezember 1966 zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1992 II S. 1246) wird nach seinem Artikel 9 Abs. 2 für

Griechenland	am 5. August 1997
Turkmenistan	am 1. August 1997
in Kraft treten.	

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 29. November 1996 (BGBl. 1997 II S. 128), vom 15. Mai 1997 (BGBl. II S. 1329) und vom 27. Mai 1997 (BGBl. II S. 1355).

Bonn, den 21. Juli 1997

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Rechtsstellung der Staatenlosen**

Vom 22. Juli 1997

Das Übereinkommen vom 28. September 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen (BGBl. 1976 II S. 473) wird nach seinem Artikel 39 Abs. 2 für

Spanien am 10. August 1997
nach Maßgabe des nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde
angebrachten Vorbehalts

in Kraft treten:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Spanish)

"The Kingdom of Spain declares that, in accordance with article 38, paragraph 1, of the Convention, it makes a reservation to article 29, paragraph 1, and considers itself bound by the provisions of that paragraph only in the case of stateless persons residing in the territory of any of the Contracting States."

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

„Nach Artikel 38 Absatz 1 des Übereinkommens legt das Königreich Spanien einen Vorbehalt zu Artikel 29 Absatz 1 ein und betrachtet sich durch jenen Artikel nur dann als gebunden, wenn die Staatenlosen ihren Aufenthalt im Hoheitsgebiet eines Vertragsstaats haben.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 22. November 1996 (BGBl. II S. 2793).

Bonn, den 22. Juli 1997

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des deutsch-tschechischen Vertrags
über die gemeinsame Staatsgrenze**

Vom 22. Juli 1997

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 3. März 1997 zu dem Vertrag vom 3. November 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gemeinsame Staatsgrenze (BGBl. 1997 II S. 566) wird hiermit bekanntgemacht, daß der Vertrag nach seinem Artikel 31 Abs. 2

am 1. September 1997

in Kraft treten wird.

Die Ratifikationsurkunden sind in Prag am 23. Juni 1997 ausgetauscht worden.

Bonn, den 22. Juli 1997

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Sklaverei und des Änderungsprotokolls hierzu
sowie des Zusatzübereinkommens über die Abschaffung der Sklaverei,
des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken**

Vom 25. Juli 1997

I.

1. Das Übereinkommen vom 25. September 1926 über die Sklaverei (RGBl. 1929 II S. 63) ist nach seinem Artikel 12,
2. das Protokoll vom 7. Dezember 1953 zur Änderung des Übereinkommens vom 25. September 1926 über die Sklaverei (BGBl. 1972 II S. 1069) nach seinem Artikel III Abs. 1

für

Turkmenistan

am 1. Mai 1997

in Kraft getreten.

Dementsprechend ist Turkmenistan Vertragspartei des Übereinkommens in der Fassung des Änderungsprotokolls (BGBl. 1972 II S. 1473).

II.

Das Zusatzübereinkommen vom 7. September 1956 über die Abschaffung der Sklaverei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken (BGBl. 1958 II S. 203) ist nach seinem Artikel 13 Abs. 2 für

Turkmenistan

am 1. Mai 1997

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 29. November 1996 (BGBl. 1997 II S. 148).

Bonn, den 25. Juli 1997

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Internationale Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT)**

Vom 25. Juli 1997

Das Übereinkommen vom 3. September 1976 über die Internationale Seefunksatelliten-Organisation (INMARSAT) – BGBl. 1979 II S. 1081 – ist nach seinem Artikel 33 Abs. 3, die dazugehörige Betriebsvereinbarung vom 3. September 1976 (BGBl. 1979 II S. 1081, 1112) nach ihrem Artikel XVII für die

Marshallinseln am 12. Mai 1997
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. Juli 1995 (BGBl. II S. 689).

Bonn, den 25. Juli 1997

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hilger

**Bekanntmachung
des deutsch-simbabwischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 28. Juli 1997

Das in Harare am 7. Juli 1997 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Simbabwe über Finanzielle Zusammenarbeit ist nach seinem Artikel 5

am 7. Juli 1997
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 28. Juli 1997

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Schweiger

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Simbabwe
über Finanzielle Zusammenarbeit (Vorhaben „Erosionsschutz“)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Simbabwe –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Simbabwe,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Simbabwe beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Protokolle der Regierungsverhandlungen vom 22. November 1991 und vom 27. November 1992, jeweils Ziffer 6.3 –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Simbabwe, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, für das Vorhaben „Erosionsschutz“ einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von bis zu DM 6 000 000 (in Worten: sechs Millionen Deutsche Mark) zu erhalten.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Simbabwe zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Durchführung des Vorhabens „Erosionsschutz“ von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

(3) Das in Absatz 1 bezeichnete Vorhaben kann im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Simbabwe durch andere Vorhaben ersetzt werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung des in Artikel 1 genannten Betrags, die Bedingungen, zu denen er zur Verfügung gestellt wird, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmt der zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und dem Empfänger des Finanzierungsbeitrags zu schließende Vertrag, der den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegt.

(2) Die Zusage des in Artikel 1 genannten Betrags entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von 8 Jahren nach dem Zusagejahr der entsprechende Finanzierungsvertrag abgeschlossen wurde. Für den in Artikel 1 genannten Betrag endet diese Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2004.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Simbabwe stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluß und der Durchführung des in Artikel 2 erwähnten Vertrags in Simbabwe erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Simbabwe überläßt bei den sich aus der Gewährung des Finanzierungsbeitrags ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, die die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Harare am 7. Juli 1997 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Norwin Graf Leutrum

Für die Regierung der Republik Simbabwe
Kuwaza

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Übereinkommens
über die Errichtung eines Internationalen Fonds
zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden**

Vom 29. Juli 1997

Das Internationale Übereinkommen vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1975 II S. 301, 320) wurde nach Maßgabe des Artikels 31 des Protokolls vom 27. November 1992 zur Änderung des Übereinkommens (BGBl. 1994 II S. 1150) von

Deutschland mit Wirkung vom 15. Mai 1998
gekündigt; das Kündigungsschreiben war am 25. April 1997 beim Generaldirektor der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation hinterlegt worden.

Ferner haben folgende weitere Staaten ihre jeweils zum 15. Mai 1998 wirksam werdende Kündigung des Übereinkommens notifiziert:

Australien	am 7. April 1997
Bahamas	am 1. April 1997
Bahrain	am 12. Mai 1997
Dänemark	am 20. März 1997
Finnland	am 29. April 1997
Griechenland	am 2. Mai 1997
Irland	am 15. Mai 1997
Japan	am 9. Mai 1997
Liberia	am 21. April 1997
Marshallinseln	am 18. März 1997
Mexiko	am 13. Mai 1997
Monaco	am 28. April 1997
Norwegen	am 16. April 1997
Oman	am 28. April 1997
Schweiz	am 9. Mai 1997
Spanien	am 13. Mai 1997
Tunesien	am 12. Mai 1997
Vereinigtes Königreich (unter Erstreckung auf Jersey, die Insel Man, die Falklandinseln, Montserrat, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln)	am 12. Mai 1997
Zypern	am 12. Mai 1997.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Mai 1997 (BGBl. II S. 1356).

Bonn, den 29. Juli 1997

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1976
zum Internationalen Übereinkommen von 1971
über die Errichtung eines Internationalen Fonds
zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden**

Vom 29. Juli 1997

Das Protokoll vom 19. November 1976 zum Internationalen Übereinkommen von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1980 II S. 721, 729) ist nach seinem Artikel VI Abs. 3 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Bahrain	am 1. August 1996
Kolumbien	am 11. Juni 1997.

Irland und das Vereinigte Königreich (unter Erstreckung auf Jersey, die Insel Man, die Falklandinseln, Montserrat, Südgeorgien und die Südlichen Sandwichinseln) haben dem Generalsekretär der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation am 15. beziehungsweise am 12. Mai 1997 ihre jeweils zum 15. Mai 1998 wirksam werdende Kündigung des Protokolls notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 19. Oktober 1995 (BGBl. II S. 985) und vom 8. März 1996 (BGBl. II S. 473).

Bonn, den 29. Juli 1997

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Protokolls von 1992
zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971
über die Errichtung eines Internationalen Fonds
zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden**

Vom 29. Juli 1997

Das Protokoll vom 27. November 1992 zur Änderung des Internationalen Übereinkommens von 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (BGBl. 1994 II S. 1150, 1169) wird nach seinem Artikel 30 Abs. 3 für

Zypern	am 12. Mai 1998
--------	-----------------

in Kraft treten.

Das Protokoll wird ferner nach seinem Artikel 30 Abs. 4 in Verbindung mit Artikel 31 für

Irland	am 16. Mai 1998
--------	-----------------

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 27. Mai 1997 (BGBl. II S. 1348).

Bonn, den 29. Juli 1997

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlags-
ges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Be-
kanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetz-
blatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durch-
setzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende
Bekanntmachungen,

b) Zolttarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnements-
bestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 53003 Bonn
Telefon: (02 28) 3 82 08 - 0, Telefax: (02 28) 3 82 08 - 36.

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 88,00 DM. Einzelstücke je angefan-
gene 16 Seiten 2,80 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für
Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1997 ausgegeben worden sind.
Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundes-
gesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,85 DM (2,80 DM zuzüglich 2,05 DM Versandkosten), bei
Lieferung gegen Vorausrechnung 5,85 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz
beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · G 1996 · Entgelt bezahlt

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über die Hauptstraßen des internationalen Verkehrs (AGR)**

Vom 30. Juli 1997

Das Europäische Übereinkommen vom 15. November 1975 über die Haupt-
straßen des internationalen Verkehrs (AGR) – BGBl. 1983 II S. 245; 1985 II S. 53;
1988 II S. 379 – wird nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für

Lettland am 10. September 1997
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom
29. November 1996 (BGBl. II S. 2803).

Bonn, den 30. Juli 1997

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Hillgenberg